

Winfried Weck **Präsidentschafts-
und Kongresswahlen
in Peru**

Fujimori gewinnt, die Demokratie verliert

Am 28. Mai 2000 entschied der bisherige Präsident Alberto Fujimori mit 74,33 Prozent den zweiten Wahlgang um die peruanische Präsidentschaft für sich und tritt am 28. Juli seine dritte Amtsperiode an. Sein Herausforderer Alejandro Toledo erreichte 25,67 Prozent. Soweit die reinen Zahlen.

Die Ereignisse, die zu diesem Ergebnis geführt hatten, waren weitaus verwickelter und sowohl für die peruanischen Wähler als auch für die internationalen Beobachter in höchstem Maße verwirrend. Denn Alejandro Toledo, der vehement eine Verschiebung der Stichwahlen um drei Wochen gefordert hatte und dabei von wichtigen nationalen und internationalen Institutionen unterstützt worden war, stand nach eigener Aussage für die Wahlen zum Termin 28. Mai nicht zur Verfügung und forderte alle Gegner der derzeitigen Regierung zum massiven Wahlboykott auf. Das nationale Wahlgericht Perus JNE (Jurado Nacional de Elecciones) bestätigte jedoch nach Tagen der Unsicherheit am 25. Mai den geplanten Wahltermin und wies gleichzeitig Toledos Antrag auf seine Nichtteilnahme zurück. Offiziell kam es damit zu einer Stichwahl zwischen zwei Kandidaten, obwohl dieser Umstand vielen Wählern, die nur von Toledos Nichtteilnahme informiert waren, in keiner Weise bewusst war. Der Wahlsieger Fujimori stand sozusagen im Voraus fest, und dementsprechend gesunken war die Spannung, mit der das Ergebnis dieser Stichwahlen erwartet wurde.

Am 1. Juni verkündete die Nationale Wahlbehörde ONPE das amtliche Endergebnis. Insgesamt

Mit der Stichwahl um das peruanische Präsidentenamt ist ein dramatischer Wahlprozess zu Ende gegangen, der Politik und Gesellschaft des Landes seit über einem Jahr in Atem gehalten hat. Präsident Fujimori, im Frühjahr 1999 noch als chancenlos eingestuft, hat sich gegen seine Herausforderer mit allen Mitteln durchgesetzt und wird am 28. Juli seine dritte Amtszeit antreten. Soweit das offizielle Endergebnis der Wahlen. Das inoffizielle Zwischenergebnis lautet: Die Erkenntnis vom Fehlen demokratischer Strukturen hat weit über die intellektuellen Eliten und oppositionellen Strömungen hinaus große Teile aller Bevölkerungsschichten erfasst und einen Bewusstseinswandel herbeigeführt, der die Bevölkerung Perus in zwei etwa gleich große Lager spaltet: das der Fujimori-Befürworter und das seiner vehementen Gegner. Ob und wie sich diese Spaltung einer Gesellschaft künftig Ausdruck verschaffen wird, ist noch ungewiss.

hatten 11 800 310 Wähler ihre Stimmen wie folgt abgegeben:

Kandidaten	absolute Stimmen	in Prozent	gültig in Prozent
Alberto Fujimori	6 041 685	51,20	74,33
Alejandro Toledo	2 086 215	17,68	25,67
Ungültig	3 531 637	29,93	0
Enthaltungen	140 773	1,19	0 ¹⁾

1) Enthaltungen und ungültige Stimmen fließen nicht in die Ermittlung des Endergebnisses ein.

2) Tageszeitung *El Comercio*, 29.5.0, S. a1.

Die internationalen Reaktionen auf dieses Ergebnis fielen dann auch – erwartungsgemäß – deutlich aus. Am prägnantesten ist ein Kommuniqué des amerikanischen Außenministeriums, das das Wahlgeschehen vom 28. Mai für „ungültig“ erklärt, Fujimori jegliche Legitimation abspricht und das Vorgehen der Regierung als „schwere Bedrohung des interamerikanischen Systems und seines Engagements für Demokratie“ qualifiziert.²⁾

In der Zeit bis zum Termin der Stichwahl hatte Toledo deutlich an Sympathie verloren. Die Entscheidung seiner Nichtteilnahme am 28. Mai hatte in Peru nicht das gleiche positive Echo wie im Ausland erzielen können. Erschwerend war Toledos ungeschickte, wenig strategisch konzipierte Medienkampagne hinzugekommen, die zwar erstmals die ehemals nicht zugänglichen Regierungsmedien für Wahlkampfspots nutzen konnte, diese Chance aber durch unprofessionelle, improvisiert wirkende Auftritte vertat.

Fujimori wiederum präsentierte sich dem peruanischen Wahlvolk im Rahmen einer professionellen Medienkampagne, die in die Wahlspots des Präsidenten geschickt die drei geografischen Großregionen des Landes – Hochland, Amazonastiefland und Küste – mit ihren jeweiligen Ethnien integrierte und medienwirksam Fujimori bei der Einweihung und Besichtigung von Industrieanlagen, Schulen und Tourismus-Projekten zeigte. Bei einer Unterbeschäftigung von schätzungsweise 50 Prozent verfehlten diese Formeln gerade bei seinen Stammwählern aus der Unter- und unteren Mittelschicht, insbesondere im Großraum der Hauptstadt Lima, ihre Wirkung nicht.

■ Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Verfassung Perus von 1993 schreibt vor, dass alle fünf Jahre der Präsident³⁾ und der Kongress⁴⁾ der Republik in freier und geheimer Wahl bestimmt werden müssen. Bis zum 70. Lebensjahr ist die Stimmabgabe für jeden Bürger obligatorisch, danach fakultativ⁵⁾. Der Präsident kann einmal direkt wiedergewählt werden. Weitere Kandidaturen sind für einen Präsidenten nur dann möglich, wenn er mindestens eine Wahlperiode aussetzt.⁶⁾ Der Präsident muss die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erreichen (ungültige Stimmen und Enthaltungen werden hierbei nicht gewertet). Ist dies im ersten Wahlgang nicht der Fall, wird ein zweiter Wahlgang zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen erforderlich⁷⁾. Dieser zweite Wahlgang muss innerhalb von 30 Tagen nach der Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses erfolgen⁸⁾. Der Kongress ist die einzige Kammer und setzt sich aus 120 Abgeordneten zusammen. Die Kandidatur um das Amt des Präsidenten schließt eine gleichzeitige Kongresskandidatur aus⁹⁾. Oberste Aufsichtsbehörde aller im Lande durchgeführten Wahlen ist das Nationale Wahlgericht (Jurado Nacional de Elecciones, JNE). Seine Entscheidungen sind endgültig und unanfechtbar.¹⁰⁾ Die Durchführungsorganisation aller Wahlen ist das Nationale Wahlbüro (Oficina Nacional de Procesos Electorales, ONPE).¹¹⁾

Das Wahljahr 2000 ergibt sich aus dem Umstand, dass mit der Verkündung der neuen Verfassung am 29. Dezember 1993 keine Neuwahlen von Präsident und Kongress einhergingen. Nach der ersten Wahl Fujimoris 1990 und seinem *autogolpe* genannten Putsch von 1992 wurde ein Jahr später auf internationalen Druck hin die neue Verfassung verabschiedet. Für die Mehrzahl der peruanischen und internationalen Verfassungsexperten sowie für die Opposition in Peru hat Präsident Fujimori mit seiner Wiederwahl 1995 die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft und hätte damit bei den Wahlen 2000 nicht mehr kandidieren dürfen. Die Regierung wiederum argumentiert, Fujimori sei auf der Grundlage der ab 1993 geltenden Verfassung erstmals 1995 zum Präsidenten gewählt worden und hat sich daher im Jahr 2000 zur einmaligen Wiederwahl gestellt. Diese

3) Constitución Política del Perú vom 29. 12. 1993, Art. 112.

4) a.a.O., Art. 90.

5) a.a.O., Art. 31.

6) a.a.O., Art. 112.

7) a.a.O., Art. 111.

8) ebd.

9) a.a.O., Art. 90.

10) a.a.O., Art. 181.

11) a.a.O., Art. 182.

Sichtweise wurde 1996 im sogenannten Interpretationsgesetz durch die Regierungsmehrheit im Kongress sogar als Gesetz verabschiedet.

■ Kandidaten und Parteien

Die peruanischen Wahlen des Jahres 2000 waren geprägt von der Krise der traditionellen Parteien und dem Fehlen jeglicher politischer Inhalte. Stattdessen konkurrierten Wahlbündnisse und -bewegungen, die sich in der Regel um einen prominenten Kopf scharten, um die Gunst der Wähler. Programme und Zielsetzungen blieben dabei wegen fehlenden inhaltlichen Profils weitgehend auf der Strecke. Mit der APRA und der Acción Popular nahmen nur noch zwei der traditionellen peruanischen Parteien an den Wahlen teil. Der christdemokratische Partido Popular Cristiano (PPC) schaffte es nicht einmal mehr, die notwendigen 500 000 Unterschriften für den Eintrag ins Wahlverzeichnis zu sammeln. Insgesamt standen zehn politische Gruppierungen zur Wahl, die zum Stichtag 10. Januar die erforderlichen Unterschriften vorgelegt hatten. Mit Ausnahme des Frente Independiente Moralizador (FIM, Unabhängige moralische Front) stellte jede Bewegung neben einer Kandidatenliste zum Kongress auch einen Präsidentschaftskandidaten auf. Folgende Gruppierungen und Kandidaten standen zur Wahl:

Perú 2000 mit Alberto Fujimori

Alberto Fujimori (61) ist der politische Kopf dieses Bündnisses, unter dessen Dach sich die bisherigen Regierungsbewegungen Cambio 90 (Wechsel 90), Nueva Mayoría (Neue Mehrheit) sowie Vamos Vecino (Auf geht's, Nachbar!) zusammengeschlossen haben. Fujimori ist Agraringenieur und war Rektor der Agraruniversität La Molina/Lima, als er 1990 als Kandidat von Cambio 90 überraschend den Schriftsteller Vargas Llosa im Kampf um das höchste peruanische Amt ausstach. Fujimori ist japanischer Abstammung, auch wenn ihn der Volksmund El Chino (Der Chineser) nennt. Bis heute ist ungeklärt, ob er in einem Stadtteil Limas oder noch in Japan geboren wurde; eine nicht unerhebliche Frage, wenn man bedenkt, dass laut peruanischer Verfassung der Präsident Perus im Lande geboren sein muss.¹²⁾ Er gilt als arbeitssam und diszipliniert, aber auch als gefühls-

12) a.a.O., Art. 110.

arm. Von seiner Ehefrau Susana Higuchi (die für die Bewegung FIM kandidiert hat und in den neuen Kongress einziehen wird) ist er geschieden; seine älteste Tochter Keiko nimmt die Aufgabe der First Lady bei offiziellen Auftritten ihres Vaters wahr.

Bis zum 27. Dezember 1999 ließ Fujimori die Öffentlichkeit im Unklaren, ob er noch einmal für das Präsidentenamt kandidieren werde. Als er seine Kandidatur schließlich anmeldete, reichte die Opposition umgehend eine Klage beim Obersten Gericht ein, das Fujimoris Kandidatur erwartungsgemäß am 31. Dezember für verfassungskonform erklärte. Dieser Grundsatzentscheidung war am 20. Dezember die offizielle Formierung der Regierungsbewegungen zur Wahlplattform Perú 2000 vorangegangen.

Während auch Kritiker Fujimori zugestehen, vor allem in den ersten Jahren seiner Amtszeit durch konsequente Terrorismusbekämpfung und die wirtschaftliche Sanierung des Landes mit Sozialprogrammen und Infrastrukturmaßnahmen sowie durch den – allerdings erst 1998 vereinbarten – Friedensschluss mit Ecuador Perus Entwicklung gefördert zu haben, hat sich gerade in den letzten Jahren auch international der Druck auf die Regierung Fujimori deutlich verstärkt. So wird ihr nicht nur politischer Zentralismus, der Versuch der Gleichschaltung der Medien und die systematische Zerstörung rechtsstaatlicher Institutionen vorgeworfen, sondern auch der Rückzug Perus vom Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte im Jahr 1999 und das bewusste Hinausschieben überfälliger Reformen im Bildungs-, Justiz- und Gesundheitssystem sowie der ebenso dringlichen wie ausstehenden Dezentralisierung des Landes. Die einzige inhaltliche Aussage, die Fujimori im Wahlkampf treffen konnte, war dann auch ebenso enttäuschend wie ernüchternd: Statt eines Wahlprogramms erklärte er gerne, seine Werke seien sein Programm. Immerhin nannte er dann in der Phase vor der Stichwahl die Schaffung von Allgemeinwohl und Arbeitsplätzen als die wichtigsten politischen Zielsetzungen für die kommenden fünf Jahre.

Perú Posible (Peru ist möglich) mit Alejandro Toledo
Alejandro Toledo (54) ist in Stanford graduerter Wirtschaftswissenschaftler, der als Berater der Ver-

einten Nationen, der Weltbank und der OECD in Paris gearbeitet hat. Er war Dozent an verschiedenen Universitäten und Gastforscher in Harvard. Sein großes Thema ist die Armutsbekämpfung, für die er sich auf seiner Wahlkampftour durch Peru immer wieder eingesetzt hat und so zum Hoffnungsträger vieler seiner Landsleute geworden ist. Das „T“ von Toledo, das er zusammen mit einer stilisierten Figur der Inka-Mythologie als Parteilogo und Metapher für *trabajo* (Arbeit) nutzt, ist Anker seines Programms, weil er neben der Mehrinvestition in Volksgesundheit, Ernährung und Bildung auch die Schaffung von 400 000 neuen Arbeitsplätzen versprochen hat. Gleichzeitig lud er ausländische Investoren – vor allem bei Gastauftritten in den USA – ein, mit allem Vertrauen weiter in Peru zu investieren. Wirtschaftsexperten, die sein Programm analysierten (Senkung der Mehrwertsteuer und Steuerreform, Steuervorteile für bestimmte Industriezweige, Ausgabenpolitik ohne Weiterverschuldung u.s.w.) zeigten sich allerdings mehrheitlich kritisch und werteten seine Konzeption als „wirklichkeitsfern und unrealistisch“¹³⁾.

13) *El Comercio*, 8.4.0, S. a4.

Toledo, der selbst aus ärmsten Verhältnissen stammt, zusammen mit 14 Geschwistern in einem peruanischen Andendorf aufgewachsen ist und in seiner Jugend als Schuhputzer gearbeitet hat, kündigte an, sich für mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freie Meinungsäußerung einzusetzen. Er bezeichnet sich selber gerne als Cholo, also als Abkömmling der Hochland-Urbevölkerung Perus, und hat diesen eher negativen Begriff auch vielfach im Wahlkampf verwendet, um sich so von El Chino klar abzusetzen. Vor allem bei der armen Bevölkerung seines Herkunftsgebiets, der südlichen Andenregion Perus, genießt er starken Rückhalt. Hohe Sympathiewerte verdankt er auch seiner aus Belgien stammenden Frau Eliane Karp, einer Anthropologin, die er während des Studiums in San Francisco kennengelernt hat. Sie unterstützte ihn aktiv im Wahlkampf und signalisierte, dass sie im Falle eines Wahlsieges die Leitung des Agrarministeriums übernehmen wolle. Sie selber hat viele Jahre in Entwicklungsprogrammen der Weltbank und der Vereinten Nationen in Zentral- und Südamerika gearbeitet, gilt als begabte Rednerin und wird auch wegen ihres Aussehens und Auftretens hoch geschätzt.

Toledo, der bei Auftritten im Hochland gerne in der Inka-Sprache Quechua spricht, hatte vor dem ersten Wahltermin bereits angekündigt, seinen Amtseid in der im tropischen Regenwald gelegenen archäologischen Anlage Machu Picchu leisten zu wollen, was als klare Aussage gegen den Zentralismus Fujimoris und als Bekenntnis zu den indigenen Wurzeln der peruanischen Nation gedeutet wurde. Toledo-Kritiker hatten allerdings als Argument gegen ihn ins Feld geführt, dass seine Wahl die Rückkehr des Terrorismus bedeuten könnte, weil er sich offen für eine Reform des Strafvollzugs für Häftlinge der gefürchteten Terrorgruppen Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad) und MRTA (Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru) ausgesprochen hatte.¹⁴⁾ Auch wurde ihm eine mögliche ideologische Nähe zu Ex-Präsident Alan García nachgesagt, der von 1985 bis 1990 Peru durch seinen sozialistisch-planwirtschaftlichen Ansatz komplett heruntergewirtschaftet hatte. Als prominenten Mitstreiter und Kandidaten für das Amt des Ersten Vizepräsidenten konnte Toledo in einem Überraschungscoup Anfang Januar 2000 den bekannten Parlamentarier der Regierungsmehrheit, Carlos Ferrero, gewinnen.

14) Diese Gruppierungen hatten Peru 15 Jahre lang mit blutigem Terror überzogen, dem 30 000 Menschen zum Opfer fielen und der das Land in ein noch heute spürbares nationales Trauma stürzte.

Somos Perú (Wir sind Peru) mit Alberto Andrade

Die Bewegung unter dem Vorsitz von Dr. Alberto Andrade (57), Bürgermeister von Lima und mittelständischer Unternehmer, hat ihre Ursprünge in den Provinzen und Distrikten und setzt sich daher insbesondere für die Dezentralisierung des Landes, die Stärkung der kommunalen und Gebietskörperschaften und die Förderung von Klein- und Mittelunternehmen ein. Darüber hinaus nennt ihr Programm Ziele wie Reformen der Steuerpolitik und des Erziehungswesens sowie Exportförderung.

Andrade ist im Politikspektrum der peruanischen Hauptstadt eine schillernde Persönlichkeit. Sohn eines Militärs, ist der Rechtsanwalt seit Jahren als Unternehmer tätig und bekannt für sein selbstbewusstes, direktes Auftreten. Von 1982 bis 1985 war er Stadtrat des wichtigen Stadtteils Miraflores, ab 1989 Bürgermeister dieses Distrikts, wo er 1993 mit dem Rekordergebnis von 93,5 Prozent in seinem Amt bestätigt wurde. Im Jahre 1995 gründete er die Vorgängerbewegung von Somos Perú, nachdem er

15) Gegen ihn wurde wegen Korruptionsverdacht und Steuerhinterziehung ermittelt. Andrade seinerseits machte Entführungspläne von Familienangehörigen öffentlich sowie verbale und physische Attacken gegen seine Person während des Wahlkampfs.

aus der christdemokratischen PPC ausgeschieden war. Im Folgejahr wurde er zum Bürgermeister der Stadt und der Provinz Lima gewählt. Bis Anfang 1999 galt Andrade als Hoffnungsträger der Opposition und erreichte bei den Sonntagsumfragen stets die besten Ergebnisse mit bis zu 60 Prozent. Die vielfachen Versuche, Andrade zu diskreditieren¹⁵⁾, zeigten letztlich Wirkung und führten dazu, dass er im November 1999 von Luis Castañeda Lossio als dem am besten bewerteten Oppositionskandidaten überflügelt wurde und bei den Wahlen vom 9. April nur marginale Werte erreichen konnte. Andrade ließ aber keinen Zweifel daran, dass er und seine Bewegung Toledo im zweiten Wahlgang loyal unterstützen würden.

Solidaridad Nacional (Nationale Solidarität) mit Luis Castañeda Lossio

Luis Castañeda Lossio (54) ist Rechtsanwalt und war in den Vorständen verschiedener öffentlicher Institutionen tätig. Als Chef der staatlichen Sozialversicherung hatte er sich den Ruf eines souveränen, erfolgreichen Managers erworben, eine Leistung, auf die er im Wahlkampf immer wieder hinwies. Die Gruppierung, die er anführt, Solidaridad Nacional, genießt besonders in den armen Provinzen Rückhalt. Zu seinen Wahlzielen gehörten die Dezentralisierung des Gesundheitswesens und die Förderung peruanischer Exporte. Seine hohen Sympathiewerte machten ihn ab November 1999 zum Hoffnungsträger der Opposition. Angreifbar wurde Castañeda Lossio durch systematische Kampagnen gegen seine Person, die ihn als nervösen, wenig selbstbewussten „Schweiger“ karikierten. Wie auch Andrade berichtete Castañeda im Dezember 1999, dass er in seinem Wahlkampf durch Telefonterror, Überwachung und Störungen seiner Auftritte von unbekannter Seite behindert wurde. Seit dem Wahldesaster vom 9. April, das er als persönliche Niederlage betrachten musste, weil er nicht einmal zwei Prozent der Wählerstimmen erhielt, ist Castañeda kaum mehr in der peruanischen Öffentlichkeit in Erscheinung getreten.

Avancemos (Lasst uns vorankommen) mit Federico Salas

Der Bürgermeister der Hochlandstadt Huancavelica und Betriebswirtschaftler Federico Salas (49) führt

als politischer Kopf diese Bewegung an, die 1998 gegründet wurde. Salas ist ein entschiedener Verfechter der Dezentralisierung und ein Kritiker des peruanischen Zentralismus. In einem spektakulären, 500 Kilometer langen Ritt von Huancavelica (auf 3000 m Meereshöhe gelegen!) über unwegsamstes Gelände nach Lima forderte er 1997 den Staatspräsidenten auf, den rückständigen Provinzen in der Anden- und der Urwaldregion mehr öffentliche Gelder zu bewilligen. Diese öffentlichkeitswirksame Aktion beförderte Salas in das politische Rampenlicht.

Frente Popular Agrícola del Perú FREPAP (Bauern-Volksfront Perus) mit Ezequiel Ataucusi

FREPAP wird angeführt von Ezequiel Ataucusi (81), der als Missionar für die Misión Israelita del Nuevo Pacto Universal (Israelitische Mission des neuen universellen Bundes) arbeitet. Er ist Buchautor und wurde von verschiedenen peruanischen und internationalen Institutionen für sein Engagement geehrt.

Acción Popular AP (Volksaktion) mit Victor Belaunde

Neben der sozialistischen APRA (s.u.) ist die AP die einzige noch verbliebene traditionelle Partei in Peru, die an diesen Wahlen teilgenommen hat. Sie wird vertreten von Victor Belaunde (50), der sich als Rechtsanwalt und Unternehmer einen Namen gemacht hat. Er war von 1980 bis 1985 Sekretär des Ministerrates der AP-Regierung von Präsident Fernando Belaunde, mit dem er nicht verwandt ist.

Partido Aprista Peruano (Apristen-Partei Perus) mit Abel Salinas

Die sozialistische Apristenpartei trat mit Abel Salinas (69) an, der unter dem früheren Präsidenten Alan García Innenminister (1985-87), Minister für Energie und Bergbau (1987-88) und Minister für Wirtschaft (1988) war. Die APRA genießt nur noch in ihren traditionellen Hochburgen wie der nordperuanischen Küstenstadt Trujillo einiges Ansehen. Mehrheitlich aber wird Alan Garcías Politik der Verstaatlichung und seine Unfähigkeit, Terrorismus, Drogenhandel und Staatskorruption in den Griff zu bekommen, in den meisten Bevölkerungsschichten für die noch

heute spürbare wirtschaftliche Misere des Landes verantwortlich gemacht.

*Unión por el Perú (Vereinigung für Peru) mit
Máximo San Román*

Diese Bewegung sollte ursprünglich dem ehemaligen UN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar zum Sieg in den Präsidentschaftswahlen von 1995 verhelfen. Ihr heutiger politischer Führer ist Máximo San Román (53), der bis zum Ablauf der jetzigen Legislaturperiode am 28. Juli 2000 als unabhängiger Parlamentarier seine Heimatregion Cusco vertritt. Er ist Ingenieur und hat bei verschiedenen internationalen Projekten gearbeitet. 1990 wurde er Erster Vizepräsident der Regierung Fujimori bis zu seinem Rücktritt im April 1992.

Frente Independiente Moralizador, FIM (Unabhängige moralische Front)

FIM ist die einzige Bewegung, die ohne einen Präsidentschaftskandidaten ins Rennen um die 120 Kongresssitze gegangen ist. Ihr Vorsitzender ist der Kongressabgeordnete Fernando Olivera (42), der bereits 1985 als Abgeordneter des christdemokratischen PPC dem Kongress angehört hatte. Bekannt wurde er als Staatsanwalt, der mit den Untersuchungen gegen die Regierung Alan García beauftragt worden war. Auf der Liste seiner Bewegung kandidierte auch Susana Higuchi (50), die Ex-Frau Fujimoris, erfolgreich für den Kongress.

■ Die Präsidentschaftswahlen vom 9. April – Spannung á la Criolla

Die peruanische Nation und die interessierte Weltöffentlichkeit hielten den Atem an, als am Abend des 12. April der Leiter der Obersten Wahlbehörde ONPE das vorläufige amtliche Endergebnis der Präsidentschaftswahlen bekanntgab: Danach erhielt Staatspräsident Alberto Fujimori 49,89 Prozent der abgegebenen Stimmen und verfehlte damit knapp die absolute Mehrheit. Sein Kontrahent, Alejandro Toledo, konnte 40,31 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen.

Dieses Ergebnis machte laut Verfassung einen zweiten Wahlgang nötig, was sowohl die Opposition

und peruanische Nichtregierungsorganisationen wie Transparencia als auch das US-amerikanische Außenministerium und Vertreter der Europäischen Union mit Genugtuung aufnahmen. Denn insbesondere das Ausland hatte vehement einen zweiten, transparenten Wahlgang gefordert und im gegenteiligen Fall mit drastischen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen gedroht. Motiviert war dies wegen offensichtlichen Wahlbetrugs, der zum Ziel hatte, Fujimori eine absolute Mehrheit im ersten Wahlgang zu verschaffen. Aus Protest gegen die Wahlmanipulationen riefen die Führer der Oppositionsbewegungen, die sich bereits in der Wahlnacht mit Toledo solidarisiert hatten, einen Generalstreik aus, um so den inneren Druck auf die Regierung zu vergrößern. Die unerwartete Vehemenz der landesweiten Massenproteste im Zusammenspiel mit den Auslandsreaktionen hatte dann die Regierung letztlich auch veranlasst, das Wahlergebnis zugunsten eines zweiten Wahlganges ausfallen zu lassen.

Das Anfang Mai vom Nationalen Wahlgericht JNE autorisierte amtliche Endergebnis der Wahlbehörde ONPE wies dann folgendes Stimmenverhältnis für die fünf wichtigsten Präsidentschaftskandidaten aus¹⁶⁾:

Alberto Fujimori (<i>Perú 2000</i>):	49,87%
(abgegebene Stimmen: 5 528 394)	
Alejandro Toledo (<i>Perú Posible</i>):	40,24%
(abgegebene Stimmen: 4 460 812)	
Alberto Andrade (<i>Somos Perú</i>):	3,00%
(abgegebene Stimmen: 333 049)	
Frederico Salas (<i>Avancemos</i>):	2,05%
(abgegebene Stimmen: 246 781)	
Luis Castañeda (<i>Solidaridad Nacional</i>):	1,80%
(abgegebene Stimmen: 199 813)	

Während der Wahltag, der 9. April, selbst vergleichsweise ruhig und ohne nennenswerte Störungen verlaufen war, hatte sich in den drei darauffolgenden Tagen bis zur Verkündung des vorläufigen amtlichen Endergebnisses ein Drama abgezeichnet:

Denn, war Fujimori noch am Wahlabend bis circa 20 Uhr in den Wahllokal-Umfragen einhellig als der Verlierer (Toledo: 47 Prozent; Fujimori: 42 Prozent)

16) Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 11 822 926, davon blanko: 675 483; ungültig: 247 230; zurückgewiesen: 2546.

erschieden, so wurde die erstaunte Nation knapp eine Stunde später mit einer ersten Hochrechnung konfrontiert, die das Zahlenverhältnis umkehrte: Fujimori: 48 Prozent, Toledo: 41 Prozent; eine Diskrepanz, die laut einhelliger Meinung der versammelten Beobachter mit einer normalen Deviation zwischen Umfrage und Hochrechnung nicht zu erklären ist. Bis schließlich am 12. April die ONPE das vorläufige offizielle Wahlergebnis (beim Auszählungsstand von 99,972 Prozent der Stimmen) präsentierte, waren im Stundenrhythmus weitere Dezi- und Centipunkte zugunsten Fujimoris bekanntgegeben worden, während Toledo bei etwas über 40 Prozent stagnierte. Angesichts der Zweifel an der Korrektheit der vorläufigen Wahlergebnisse waren heftige Reaktionen aller beteiligten Gruppierungen unterdessen nicht ausgeblieben: Eine Pressekonferenz folgte der anderen, peruanische und ausländische Wahlbeobachter warnten die Fujimori-Regierung, ihre Glaubwürdigkeit nicht durch Wahlmanipulationen aufs Spiel zu setzen. Zur gleichen Zeit formierten sich spontane Solidaritätskundgebungen enttäuschter Toledo-Wähler im ganzen Land, die vehement einen zweiten Wahlgang forderten, über die in den staatlichen Medien allerdings nicht berichtet wurde.

Die Ereignisse spitzten sich weiter zu, als Toledo und mit ihm fünf weitere Vertreter der Opposition am 11. April bekanntgaben, keine offiziellen Wahlergebnisse der ONPE akzeptieren zu wollen und ihre Bereitschaft signalisierten, bei einer absoluten Mehrheit Fujimoris bereits im ersten Wahlgang den zivilen Ungehorsam anzuführen. Gleichzeitig jedoch hatte Toledo seine Anhänger eindringlich aufgefordert, sich im Sinne des „demokratischen Entwicklungsprozesses“¹⁷⁾ jeder Gewalt zu enthalten. Dass die Regierung diese Drohung nicht unkommentiert lassen wollte, wurde im Verlauf einer Pressekonferenz von Toledo deutlich, als ihn am 11. April um 13.45 Uhr die Nachricht erreichte, die ONPE habe (nach Auswertung von 80 Prozent aller Stimmen) nun für Fujimori 49,96 (!) Prozent ermittelt¹⁸⁾. Der Wahlsieg Fujimoris schien nur noch eine Frage von Stunden zu sein... Nicht nur die anwesenden Journalisten hinterfragten angesichts dieses bemerkenswerten Timings und des Informations- und Nutzwertes, den ein derartiges Zwischenergebnis hat, die Neutralität der

17) So Toledo wörtlich während seiner Kundgebung auf der Plaza San Martín in Lima am Abend des 9. April.

18) Die Pressekonferenz wurde live im privaten Nachrichtensender Canal N übertragen, die staatlichen Sender ignorierten die Veranstaltung; Toledo verlas das Zwischenergebnis der ONPE, das zu erheblichem Aufsehen und spöttischen Äußerungen unter den anwesenden Medienvertretern führte.

Behörde und die Glaubwürdigkeit der veröffentlichten Ergebnisse. Immerhin sorgten nicht zuletzt die prompten Reaktionen aus dem Ausland für ein Einfrieren der Werte, die am Abend desselben Tages plötzlich wieder auf 49,79 Prozent korrigiert wurden.

■ Dramaturgie einer Stichwahl – die Ereignisse bis zum 28. Mai

Die Bestätigung der Notwendigkeit eines zweiten Wahlgangs nährte die Hoffnungen vieler Peruaner, die nach der zehnjährigen Amtszeit Fujimoris den Wechsel herbeisehnten. Die Umfragen bis Ende April ergaben für die Stichwahl ein Patt: Fujimori und Toledo jeweils 45 Prozent bei knapp zehn Prozent unentschiedenen Wählern¹⁹⁾. Auch wenn Fujimoris Kandidat für den Ersten Vizepräsidenten, Ex-Außenminister Francisco Tudela, unverdrossen erklärte, dass seine Bewegung die Stichwahlen nicht fürchte und gewinnen werde, gaben politische Beobachter Toledo eine echte Chance, den zweiten Wahlgang für sich zu entscheiden. Erst im Verlauf des Mai änderte sich die Stimmungslage – anfangs fast unmerklich und ohne ersichtlichen Grund – zugunsten des amtierenden Präsidenten.²⁰⁾

– Die offensichtlichen Manipulationen änderten dabei nichts an Fujimoris Popularität, obwohl sie vor allem im April Thema Nr. 1 der peruanischen Medien waren. Die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright, die chilenische und die brasilianische Regierung sowie die Europäische Union kündigten an, den zweiten Wahlgang noch aufmerksamer zu verfolgen und erklärten ein transparentes und faires Wahlgeschehen zur unabdingbaren Voraussetzung für die internationale Akzeptanz der Präsidentschaftswahlen. Die kritischen Einschätzungen der Wahlen deckten sich mit den Berichten der Organisation Amerikanischer Staaten OAS, die deren oberster Wahlbeobachter, Guatemalas Ex-Außenminister Eduardo Stein, bereits am 10. und 13. April der Öffentlichkeit vorgestellt hatte.²¹⁾

Toledo schlug vor, die peruanische Bischofskonferenz und die Nichtregierungsorganisation Transpa-

19) Ergebnisse der Meinungsforschungsinstitute *Datum* und *Apoyo* von Ende April / Anfang Mai.

20) In einer Umfrage des Instituts CPI, die vom 9. bis 11. Mai in 64 Provinzen und 164 Distrikten 1586 Personen erfasste, erreichte Fujimori 52,6 Prozent, Toledo 47,4 Prozent.

21) *El Comercio*, 14. 4. 0, S. a2.

rencia, die als wahlbeobachtende Bürgervereinigung mit regierungskritischer Tendenz den Wahlbetrug als erste angeprangert hatte, als Vermittler im zweiten Wahlgang einzusetzen. Präsident Fujimori gestand zwar zu, dass es möglicherweise zu einigen kleineren Unregelmäßigkeiten gekommen sei, bezeichnete jeden Vorwurf des Wahlbetrugs jedoch als völlig abwegig und interpretierte das Ergebnis des ersten Wahlgangs als „Votum des peruanischen Volkes“. Diese Aussagen wurden Ende April von Transparencia indirekt und wahrscheinlich ungewollt bestätigt, als die Bürgerbewegung bekanntgab, dass nach ihren Berechnungen Fujimori knapp 49 Prozent, also weniger als einen Prozentpunkt unter dem amtlichen Endergebnis von 49,87 Prozent, erreicht habe.

Ein Grund für die Änderung der Stimmung im Mai lag sicherlich in dem taktisch unklugen Verhalten Toledos, der bei seinen Wahlveranstaltungen nicht müde wurde zu erklären, dass er bereits beim ersten Wahlgang 57 Prozent erreicht habe, was ihm letztendlich niemand mehr so richtig abnahm. Zudem drohte er wiederholt mit seinem Nichtantreten zur Stichwahl am 28. Mai, sollten nicht von Seiten der ONPE die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung transparenter und ehrlicher Wahlen geschaffen worden sein. Die unsichere Situation, die Toledo damit heraufbeschwor, irritierte vor allem diejenigen Wählerschichten, die zwar für das Ende der Regierung Fujimori gestimmt hatten, dabei aber keinesfalls eine politische Krise oder gar die Wiederkehr instabiler Verhältnisse im Sinn hatten.

Die Situation kulminierte zehn Tage vor dem Termin der Stichwahl, als am 18. Mai Toledo seine Drohung wahr machte und offiziell bekanntgab, am 28. Mai nicht anzutreten. Die Erklärung markierte zugleich den Beginn einer Woche der völligen Unsicherheit über die weiteren Entwicklungen, denn Toledo ließ keinen Zweifel daran, weiterhin für die Präsidentschaft zu kandidieren, und forderte eine Wahlverschiebung um mindestens drei Wochen auf den 18. Juni²²⁾. Unterstützung fand er dabei nicht nur von seinen Oppositionskollegen und ehemaligen Mitbewerbern Andrade, Castañeda Lossio und Salinas, sondern vor allem vom Chef der OAS-Beobachterdelegation, Stein. Dieser betonte, die Zeit vom 9.

22) Es gibt auch die nicht von der Hand zu weisende Überlegung, Toledo ließ sich bei seiner Entscheidung, am 28. Mai nicht anzutreten, vor allem von der Erkenntnis leiten, dass er zu diesem Zeitpunkt die Stichwahlen nicht für sich entscheiden könne, und hoffte, innerhalb der zusätzlichen drei Wochen nochmals einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung zu erzielen.

April bis zum 28. Mai sei bei weitem nicht ausreichend, um die demokratischen Unzulänglichkeiten und Mängel des ersten Wahlgangs ausschließen zu können. Ähnlich äußerten sich die Botschafter mehrerer EU-Mitgliedstaaten wie auch die Bürgerbewegung Transparencia.

In den folgenden Tagen setzten Fujimori und Toledo den Wahlkampf mit unverminderter Heftigkeit fort. Von einem direkten Aufeinandertreffen der beiden Präsidentschaftskandidaten im Fernsehen, um das sich Unterhändler der beiden Bewegungen mehrere Tage lang bemüht hatten, konnte nach der Entscheidung Toledos keine Rede mehr sein. Vielmehr rief Toledo seine Wählerschaft zu großangelegten Demonstrationen und zum Boykott der Wahlen auf, sollten diese wie vorgesehen am 28. Mai stattfinden. Fünf Millionen Wähler, so Toledo in seinen Reden, könnten nicht bestraft werden. Die ONPE reagierte sofort mit flächendeckenden Wahlaufrufen in nahezu allen Radio- und Fernsehkanälen und stellte darin auch klar, dass jeder Nichtwähler belangt werde und die vom Gesetz vorgesehenen Konsequenzen tragen müsse²³⁾. Im Verlauf des Wochenendes kam es dann auch vielfach zu Protestkundgebungen in Lima wie auch in vielen Provinzhauptstädten, die nicht immer gewaltfrei verliefen. Die Gewaltbereitschaft ging soweit, dass Präsident Fujimori während eines Wahlkampfauftritts in Arequipa von Toledo-Anhängern mit Steinen beworfen wurde.

Zur Vertiefung der Irritation trug der erste Testlauf der neuen Software im ONPE-Rechenzentrum am 21. Mai bei, an dem auch Vertreter von Perú 2000 (nicht aber von Toledos Perú Posible) sowie internationale Wahlbeobachter teilnahmen. Unmittelbar nach der Beendigung der Simulation verkündete die ONPE deren reibungslosen Verlauf. Im Gegensatz dazu sprachen die Beobachter der OAS sowie der peruanische Ombudsman von „schwerwiegenden Schwierigkeiten und ernsthaften Problemen“²⁴⁾. Aufgrund dieser Unstimmigkeiten suspendierte die Beobachtermission der OAS am 22. Mai ihre Tätigkeit auf unbefristete Zeit wegen den „Widersprüchlichkeiten und der fehlenden Präzision der ONPE“²⁵⁾. Diese Entscheidung hob die OAS tags darauf wieder auf und erklärte, dass sie den für den 24. Mai vorgesehenen erneuten Testlauf des Computersystems

23) Jeder Bürger, der seiner Wahlpflicht nicht nachkommt, verliert so lange alle Rechte als Vertragspartei, bis er umgerechnet 60 DM Strafe gezahlt hat. Er kann in dieser Zeit nicht einmal einen Scheck ausstellen.

24) *El Comercio*, 22. 5. 0, S. a1.

25) Tageszeitung *Gestión*, 23. 5. 0, S. 3.

beobachtend begleiten werde. Am gleichen Tag verkündete die Bürgerbewegung Transparencia ihren Rückzug als nationaler Beobachter von den Wahlen am 28. Mai aufgrund fehlender technischer Mindeststandards zur Durchführung sauberer Wahlen.

Das Ergebnis des erneuten Systemtests am späten Abend des 24. Mai, der anscheinend zufriedenstellender verlief (nach Aussagen der ONPE problemlos, nach Meinung der OAS-Beobachter noch mit Schwächen behaftet), wurden durch die Ereignisse des 25. Mai in den Hintergrund gedrängt. An diesem Donnerstag vor dem Stichwahlsonntag entschied der JNE mit drei zu zwei Stimmen, die Stichwahlen definitiv und unwiderruflich am 28. Mai durchzuführen. Außerdem wurde der offizielle Antrag von Toledos Bewegung Perú Posible zurückgewiesen, nicht an den Wahlen am 28. Mai teilzunehmen, da „die Form der Nichtteilnahme, wie sie der Beantragende dargestellt hat, im peruanischen Wahlrecht nicht existiert [...] und es sich daher um eine juristisch unmögliche Petition handelt“²⁶⁾. Besonders im historischen Zentrum Limas, vor dem Präsidentenpalast, verschiedenen Ministerien und vor allem dem Büro des JNE kam es daraufhin zu massiven, gewalttätigen Ausschreitungen.

Wenige Stunden nach dieser Entscheidung verkündete Eduardo Stein, dass der Wahlprozess aufgrund „andauernder Mängel, Unregelmäßigkeiten, Unbeständigkeiten und Ungleichheiten [...] in seiner Gesamtheit irregulär ist“²⁷⁾, die OAS-Beobachtermision ihre Arbeit ab sofort einstellen und er selbst am kommenden Tag nach Guatemala zurückreisen werde. Die Beobachtermision des National Democratic Institute und des Carter Centers erklärte, die Stichwahlen am 28. Mai erfüllten nicht die internationalen Mindeststandards, um als glaubwürdige demokratische Wahlen gewertet zu werden. Unter den aktuellen Bedingungen werde daher auch das NDI/Carter Center seine Beobachtertätigkeit einstellen.²⁸⁾ In gleicher Weise entschied die Europäische Union, die eigens für die Stichwahlen eine eigene Beobachtermision gesandt hatte. Toledo, Andrade und Castañeda Lossio verkündeten, ihrer Wahlpflicht am 28. Mai nicht nachkommen zu wollen.²⁹⁾

Die eigentliche Problematik, die Toledo mit seiner Entscheidung eines Nichtantretens geschaffen hatte,

26) „No existe la figura de la abstención [...] tal como la expone el recurrente, lo que hace que lo solicitado [...] devenga en un petitorio jurídicamente imposible“; in: Resolution Nr. 732-2000 des JNE, Lima, 25. 5. 0.

27) Boletín Nr. 12 der Misión de Observación Electoral de la OEA, Lima, 25.5.0.

28) *El Comercio*, 26. 5. 0, S. a2.

29) Sehr aufschlussreich ist ein Vergleich zwischen den Organisationen, die sich explizit für bzw. gegen die Verschiebung der Stichwahl ausgesprochen haben. Für die Verschiebung waren: Präsidentschaftskandidat Alejandro Toledo, der peruanische Ombudsman Jorge Santistevan de Noriega (*Defensor del Pueblo*), die Bürgerbewegungen *Transparencia* und *Consejo por la Paz* (Rat für den Frieden), die Beobachtermisionen der OAS, der EU und des NDI/Carter Centers, die politischen Bewegungen *Somos Perú*, *Acción Popular*, FIM und APRA, verschiedene unabhängige Kongressmitglieder, die Präsidenten der

war vor allem rechtlicher Natur: Die peruanische Verfassung verlangt Stichwahlen spätestens 30 Tage nach der Veröffentlichung des amtlichen Endergebnisses des ersten Wahlganges. Und das peruanische Wahlrecht wiederum trifft keine Aussage im Falle des Rücktritts eines der beiden Präsidentschaftskandidaten vor der Stichwahl. Das Gros der peruanischen Staatsrechtler geht aber davon aus, dass im Falle des Rücktritts eines Kandidaten eine Stichwahl nicht mehr notwendig und der übrigbleibende Kandidat automatisch Präsident ist. Toledo sagte allerdings mit gutem Grund nie, von seiner Kandidatur insgesamt zurückzutreten (*renuncia*), sondern nur, dass er zum festgesetzten Wahltermin nicht antreten werde (*abstención*). Dieser feinsinnige Unterschied bildete mehrere Tage lang die Quelle der Ratlosigkeit. Die Regierungsseite, anfänglich expressis verbis gegen eine Verschiebung, ließ später durch verschiedene Sprecher verkünden, dass die endgültige Entscheidung des JNE auf jeden Fall akzeptiert werden würde. Doch sogar der fünfköpfige Rat des JNE als die von der Verfassung vorgesehene oberste und unwiderrufliche Wahlinstanz³⁰⁾ war in sich gespalten und zögerte seine endgültige Entscheidung über eine Verschiebung oder die planmäßige Durchführung der Stichwahlen am 28. Mai bis zum letztmöglichen Zeitpunkt hinaus. Mit der Zurückweisung seines offiziellen Nichtteilnahmeantrages durch den JNE nahm Toledo als Kandidat an der Stichwahl teil – ob er nun wollte oder nicht.

Ein zweites Rechtsproblem, das vor allem die Wähler selbst beschäftigte, bestand in der Frage nach der Gültigkeit der am 28. Mai durchgeführten Stichwahlen: Ein nicht unerheblicher Teil der Wahlpflichtigen fragte sich in Unkenntnis der JNE-Entscheidung, wie man im Falle einer Nichtteilnahme Toledos abstimmen müsse, wenn man Fujimori nicht unterstützen wollte (die Wahlzettel beinhalteten nicht die Möglichkeit, mit „Nein“ zu stimmen; die Willensäußerung erfolgte durch Ankreuzen eines Kandidaten). Obwohl das Wahlgesetz aussagt, dass im Falle von mehr als einem Drittel Enthaltungen die gesamten Wahlen ungültig seien und wiederholt werden müssten, bestand in weiten Kreisen der Wählerschaft die Befürchtung, dass ein weiß abgegebener Stimmzettel nachträglich ausgefüllt werden könnte. Als

regionalen Wahlgerichte von Chiclayo, Chanchamayo und Cusco, der Präsident des peruanischen Instituts für Firmenverwaltung, das Kolleg der Anwälte von Lima, die Vereinigung der Universitätsdozenten, die Einheitsgewerkschaft im Erziehungswesen, der Präsident und die Außenministerin der USA, die Regierungen Costa Ricas, Frankreichs und Kanadas sowie die Botschafter Portugals, Brasiliens, Chiles und Argentiniens in Peru. Gegen die Verschiebung sprachen sich aus: Präsidentschaftskandidat Alberto Fujimori, das Nationale Wahlgericht (JNE), die Nationale Wahlbehörde (ONPE), die Regierungsbewegungen im Kongress der Republik und der Ministerrat.

- 30) Die peruanische Verfassung bestimmt in Art. 176, das Wahlsystem müsse gewährleisten, dass die Authentizität des individuellen Wählerwillens widergespiegelt würde. Alle Verantwortung und rechtliche Gewalt für die Durchführung der Wahlen liegt gemäß Art. 178 beim JNE. Art. 181 schließlich besagt, dass die Entscheidungen des JNE hinsichtlich der Durchführung von Wahlen, Referenden oder anderen Äußerungsformen des Volkswillens höchstinstanzlich, definitiv und unanfechtbar seien. Der JNE hätte sich also auf seine verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten berufen und den von der Verfassung vorgegebenen Zeitraum von 30 Tagen überschreiten können, um betrugsfreie und transparente Wahlen zu garantieren.

31) Interview mit Raul Ferrero Costa in *El Comercio*, 22.5.0, S. a4. Der bekannte Jurist erklärte auch, dass die peruanische Verfassung die Annullierung der Wahlen bei zwei Drittel ungültiger Stimmen zulasse.

32) Die Ergebnisse können über die Website der ONPE abgerufen werden: <http://www.onpe.gob.pe>

einzigste Möglichkeit wurde daher von namhaften Juristen die Abgabe eines ungültigen Stimmzettels empfohlen.³¹⁾ Diese Alternative wurde dann auch von fast einem Drittel aller Wähler genutzt, indem sie der Empfehlung der Opposition nachkamen und „No al fraude“ (Nein zum Betrug) auf die Stimmzettel schrieben.

■ Die Kongresswahlen vom 9. April 2000

Am 19. Mai, also knapp fünf Wochen nach dem Wahltermin, veröffentlichte die oberste Wahlbehörde ONPE die amtlichen Endergebnisse der Wahlen zum peruanischen Kongress. Insgesamt haben 11 942 810 Wähler wie folgt gestimmt³²⁾:

Partei/ Bewegung	Stimmen	in Prozent	gültig in Prozent	Sitze
Perú 2000	4 189 018	35,08	42,16	50
Perú Possible	2 308 635	19,33	23,24	28
FIM	751 323	6,29	7,56	9
Somos Perú	715 396	5,99	7,20	8
APRA	546 930	4,58	5,51	7
Solidaridad Nacional	399 985	3,35	4,03	5
Avancemos	307 188	2,57	3,09	4
UPP	254 582	2,13	2,56	3
Acción Popular	245 115	2,05	2,47	3
FREPAP	216 953	1,82	2,18	3
<i>Enthaltungen</i>	<i>703 345</i>	<i>5,89</i>	<i>0</i>	
<i>Ungültig</i>	<i>1 304 340</i>	<i>10,92</i>	<i>0</i>	

Damit fehlen der alten und neuen Regierungsbewegung Perú 2000 elf Stimmen zur absoluten Mehrheit, und es könnte theoretisch zur gleichen Situation einer Minderheitsregierung wie in den ersten beiden Jahren der Regierung Fujimoris kommen, die dann 1992 zum Putsch (*autogolpe*) des Präsidenten geführt hatte. Auch heute muss davon ausgegangen werden, dass nach der Einsetzung des neuen Kongresses am 28. Juli (dem peruanischen Nationalfeiertag) weder seitens der Regierung noch der Opposition irgendeine Bereitschaft zur *cohabitation* im französischen

Sinne bestehen wird, insbesondere nach den ausgesprochen negativen Erfahrungen aller Oppositionsbewegungen während des Wahlkampfes und des Wahlprozesses.

Auf der anderen Seite kann festgestellt werden, dass die Loyalitäten der einzelnen Abgeordneten gegenüber ihren jeweiligen Bewegungen schwach sind. Dies lässt sich sehr leicht mit dem eher provisorischen Charakter der politischen Bewegungen in Peru erklären, die in vielen Fällen nichts anderes darstellen als den erweiterten Freundes- und Bekanntenkreis, der sich um eine mehr oder weniger schillernde Führungsfigur gruppiert. Politische Überzeugungen oder gar Wertvorstellungen spielen im Verhältnis zwischen dem einzelnen Mitglied (und damit auch dem einzelnen Kongresskandidaten) und seiner Bewegung eine untergeordnete, um nicht zu sagen keine Rolle. Zur Verdeutlichung dieser besonderen Situation zwischen Individuum und Partei/Bewegung sei an dieser Stelle auf drei bisherige Kongressmitglieder der christdemokratischen PPC (die die Voraussetzungen für die Teilnahme an den Wahlen nicht erfüllen konnte) hingewiesen, die erneut für den Kongress kandidierten – je einer bei Somos Perú, Perú Posible und Solidaridad Nacional. Keine Frage, dass gerade der Vorsitzende der PPC, Ántero Flores Araoz, der immerhin das zweitbeste Stimmenergebnis auf der Wahlliste von Toledos Perú Posible erringen konnte, nicht wirklich ein überzeugter Vertreter dieser Bewegung sein wird³³⁾. Eine andere, zur Beschreibung der politischen Realitäten nicht minder aufschlussreiche Begebenheit soll hier nicht unerwähnt bleiben: Kurz nach den Kongresswahlen verstarb der bekannte Verleger und Kongressabgeordnete der Bewegung Unión por el Perú (UPP), Gustavo Mohme Llona. Da Mohme diesmal jedoch für Andrades Somos Perú kandidierte, wird ein anderer Kandidat dieser Bewegung anstelle des Verstorbenen am 28. Juli in den neuen Kongress einziehen. In den knapp drei Monaten bis zum 28. Juli wiederum hat Diego García-Sayán, Direktor der Andinen Kommission der Juristen, der bei den letzten Wahlen 1995 für die UPP kandidiert hatte, als Nachrücker den freigewordenen UPP-Stuhl im Kongress eingenommen, obwohl er nahezu zeitgleich über mehrere Wochen hinweg als einer von drei offiziellen Vertre-

33) Ántero Flores selbst sprach in verschiedenen Zeitungsin-
terviews vor den Wahlen
davon, dass man von ihm als
amtierenden PPC-Vorsit-
zenden nicht mehr als ein
notweniges Minimum an
Loyalität gegenüber *Perú
Posible* erwarten dürfe.
Immerhin würde er dieser
Bewegung auch die Stimmen
vieler christdemokratischer
Wähler bringen.

tern von Toledos Bewegung Perú Posible mit drei hochrangigen Sprechern des Regierungsbündnisses über die Modalitäten eines fairen zweiten Wahlganges diskutiert hat. Man sollte sich hierbei in Erinnerung rufen, dass ja die UPP durchaus noch existiert und auch an den diesjährigen Wahlen teilgenommen hat.

Dieses Nicht-Verhältnis zwischen dem Abgeordneten und „seiner“ Bewegung muss als ein weiterer Negativeffekt des fehlenden traditionellen Parteiensystems gewertet werden und stellt eine mögliche Quelle künftiger politischer Instabilitäten dar. Kurzfristig wird sich dieser Umstand jedoch eher als systemstabilisierend erweisen, denn die Regierung wird nach allgemeiner Einschätzung keine allzu großen Probleme haben, elf Abgeordnete aus den Reihen der Oppositionsbewegungen – wie auch immer – auf ihre Seite zu bringen. Hierbei wird es nicht einmal umständlicher und langwieriger Koalitionsverhandlungen mit den verschiedenen kleinen Gruppierungen im Kongress bedürfen; vielmehr werden wohl in äußerst praktikabler Weise individuelle Arrangements mit Einzelpersonen getroffen werden. Auf einem anderen Blatt steht, ob die mit derartigen Entwicklungen konfrontierten Oppositionsbewegungen die Fähigkeit und den politischen Willen aufbringen werden, die persönlichen Eitelkeiten ihrer jeweiligen Anführer zu überwinden, im Kongress enger zusammenzuarbeiten und sich mittel- bis langfristig auch organisatorisch zusammenzuschließen.

Das wohl bemerkenswerteste und überraschendste Ergebnis bestand in dem hervorragenden Abschneiden der FIM, der man vor den Wahlen allenfalls zwei Prozentpunkte zuerkannt hatte. Die Taktik, als einzige Bewegung ohne Präsidentschaftskandidaten anzutreten, ging auf. Offensichtlich waren viele Bürger so unentschlossen, dass sie lieber einer unabhängigen Bewegung als der Gruppierung eines bestimmten Kandidaten ihre Stimme geben wollten.

Ein lange nicht zur Kenntnis genommener Aspekt bilden die möglichen Wahlfälschungen bei den Kongresswahlen, die erst nach den Stichwahlen Thema im Land geworden sind, da die Präsidentschaftswahlen diesen Umstand bis dahin völlig überdeckt hatten: Bei den letzten fehlenden 0,048 Prozent der aus-

zuzählenden Stimmen kam es noch zu zwölf (!) Änderungen sowohl in der Sitzverteilung (Somos Perú wurde von zehn auf acht Sitze reduziert, FIM von elf auf neun, Perú 2000 von 48 auf 50 angehoben) als auch bei der Bestimmung von Abgeordneten. Hinzu kommt, dass beim Auszählungsstand von 99,952 Prozent am 3. Mai insgesamt 10 068 442 Stimmen, und beim endgültigen Auszählungsstand von 100 Prozent am 19. Mai plötzlich nur noch 9 935 125 Stimmen gezählt worden waren...³⁴⁾ Dies alles lässt darauf schließen, dass die Auswahl der 120 Kongressabgeordneten nicht nur von den Wählerstimmen abhing, sondern auch von der Überlegung, wen man wohl leichter von der Zusammenarbeit mit der Regierung überzeugen könne und wen nicht.

■ **Die Wahlen in der internationalen und nationalen Perzeption: Wahlbetrug ja oder nein?**

Die Grundsatzfrage, ob die vorliegenden Wahlergebnisse durch verschiedene Formen der offenen und/oder subtilen Manipulation von Seiten der Regierung bedingt wurden, muss wohl mit einem klaren „ja“ beantwortet werden. Zu offensichtlich waren auch für die internationalen Beobachter die wiederholten Eingriffe in die Medienfreiheit, die Behinderung von Kandidaten der Opposition in ihrem Wahlkampf und die systematische Nutzung des Staatsapparates, etwa in den Bereichen von Justiz, Militär und Schulwesen, zugunsten des Kandidaten Fujimori, als dass von einem fairen und gleichen Wahlkampf hätte gesprochen werden können. Dennoch lässt sich der Umfang des mutmaßlichen Wahlbetrugs keineswegs zweifelsfrei konstatieren: Der politische Standort der Analysten bestimmt hierbei die Beurteilung des Schweregrades.³⁵⁾ So lagen der Nichtregierungsorganisation Transparencia, die als eine der wichtigsten und renommiertesten Informationsquellen der internationalen Beobachter gilt, Anfang Mai bereits 690 Klagen über Unregelmäßigkeiten im ersten Wahlgang vor. Diese reichten von Eingriffen des Militärs, Beeinflussung der Wähler durch Druck von Seiten lokaler Amtsdirektoren bis zu Wahlzetteln, auf welchen Toledo und seine Gruppierung abgeschnitten bzw. deren Markierungsfelder leicht mit Wachs überzogen worden waren. Ein politischer Skandal großen

34) Aufgedeckt und dargestellt in *El Comercio*, 31.5.0, S. a2.

35) So wies *El Comercio*, gestützt auf Datenmaterial der Wahlbehörde ONPE, nach, dass die alleinige Präsenz von Fujimori-Anhängern im Wahllokal zu 56 Prozent signifikant höheren Stimmen für die Gruppierung *Perú 2000* geführt hat und so die Wahlergebnisse – etwa aus Angst vor Repressionen – zugunsten Fujimoris verzerrt wurden. *El Comercio*, 17.5.0, S. a4.

36) So verwundert es nicht, wenn regierungskritische peruanische Beobachter wie der Jurist Domingo Belaunde diese Facette des Wahlkampfes als „eine der schmutzigsten der letzten Jahrzehnte“ bezeichnen.

37) *El Comercio*, 17. 4. 0, S. a2.

Stils bestand auch in der Fälschung von knapp einer Million Wählerunterschriften für die Teilgruppierung Frente Independiente Perú al 2000 (Unabhängige Front Peru 2000) im Fujimori-Parteienbündnis Perú 2000, der sich im Vorfeld der Wahlen ereignet und ganz Peru bewegt hatte³⁶⁾. Als besonders bedeutender Faktor potentieller Wahlfälschungen galt jedoch vor allem die Computerverarbeitung der Wahlergebnisse. Beobachtern war – zumindest im ersten Wahlgang – diese Sektion der ONPE nicht zugänglich gemacht worden. Die Schlüsselforderung, uneingeschränkter Zugang zum Rechenzentrum zu erhalten, die von Organisationen wie der OAS wiederholt als Bedingung eines transparenten Wahlgeschehens genannt worden war, wurde nicht erfüllt. Bis heute sind die Ergebnisse des ersten Wahlgangs vom 9. April für interessierte Peruaner und die internationale Öffentlichkeit nicht überprüfbar, denn die Stimmzettel werden – wie auch in einigen anderen Ländern Lateinamerikas – vernichtet. Die Regierung selber leugnete Wahlbetrug keineswegs vollständig, sprach aber im Blick auf den ersten Wahlgang nur von „Unregelmäßigkeiten“³⁷⁾, die verfolgt würden. So bleibt die Frage, in welcher tatsächlichen Größenordnung Wahlbetrug stattfand, letztlich rein akademisch, weil die Möglichkeiten der nachvollziehenden Überprüfung nicht vorhanden sind.

In diesem Zusammenhang muss die grundsätzliche Frage nach der Beweislast von Wahlbetrug gestellt werden, denn gerade die Vorgänge in Peru haben veranschaulicht, wie schwierig massiver Wahlbetrug zu beweisen ist und wie leicht er im Gegenzug dazu dementiert werden kann. Letztlich darf aber in Fällen, in denen die Durchführung freier, transparenter und demokratischer Wahlen nicht a priori gewährleistet ist, nicht dem nationalen und internationalen Beobachterfeld die Beweislast für Wahlbetrug aufgegeben werden. Vielmehr müssen die jeweiligen Regierungen von der internationalen Gemeinschaft in die Beweispflicht für die Sauberkeit der Wahlprozesse genommen werden. Aus diesem Blickwinkel heraus kann die kategorische Weigerung der ONPE, das nationale Rechenzentrum den internationalen Beobachtern zur Überprüfung der Software vor und während dem ersten Wahlgang zu öffnen, als ein

unausgesprochenes Eingeständnis des Wahlbetrugs interpretiert werden.

Vergleicht man die Kommunikationsstrategie der Regierung im ersten und zweiten Wahlgang, lässt sich feststellen, dass der Druck auf Fujimori Wirkung gezeigt hat, auch wenn er bereits zum Stichtag 9. April offenkundig um ein sauberes Image bemüht war und Zweifel an einem gleichberechtigten Wahlkampf ohne Behinderungen für Oppositionskandidaten zu zerstreuen versuchte. Öffentlichkeitswirksam hatte Fujimori so am 17. November 1999 Alipio Montes de Oca zum neuen Präsidenten des JNE ernannt, der umgehend erklärte, jeder Kandidat erhalte „volle Garantien“ und brauche „Druck und Einschüchterung“ nicht zu befürchten³⁸⁾. Die Klagen der Oppositionsführer über Attacken und Übergriffe während ihrer Wahlkampfauftritte, die zum Teil sogar von regulären Polizeieinheiten ausgeführt wurden, die Aufdeckung von Plänen zur Entführung der Tochter Toledos und Familienangehöriger Andrades sowie die Nichtbeachtung der Opposition in den Regierungsmedien³⁹⁾ strafte jedoch Fujimoris Ankündigungen Lügen.

Auch Kritiker mussten dem Präsidenten jedoch zugestehen, in der Zeit zwischen dem 9. April und dem Termin des zweiten Wahlganges, dem 28. Mai, auf Kooperation statt Konfrontation gesetzt zu haben. Zu offensichtlich stand angesichts der Warnungen der internationalen Öffentlichkeit⁴⁰⁾ die Glaubwürdigkeit Perus und der Regierung auf dem Spiel. Der Opposition wurde ein weitgehend freier Zugang zu den Regierungsmedien eingeräumt, die dann die Wahlspots beider Kandidaten ausstrahlten. Peruansische und internationale Beobachter konnten plötzlich auch an den Wahlsimulationen der ONPE zur Überprüfung der Computersoftware teilnehmen. Fujimoris Berater, unter anderem Ex-Außenminister Francisco Tudela, riefen zur Mäßigung und Fairness auf. Doch diese positiven Signale blieben letztlich Wahlrhetorik: Denn obwohl die eingeladenen Beobachter der Wahlsimulation das Computersystem als noch nicht ausgereift bewerteten und für die von der Opposition geforderte Verschiebung der Wahlen plädierten, entschied das Nationale Wahlgericht am 25. Mai für die Beibehaltung des Wahltermins am 28. Mai.

38) Wochenzeitung *Caretas*, 19. 11. 99, S. 10. Im Dezember hatte Fujimori sogar alle Auslandstermine bis zum Wahltag mit der Begründung abgesagt, er wolle mit seiner Anwesenheit im Land die Unversehrtheit der Kandidaten und den ungehinderten Verlauf ihrer Wahlkampfaktivitäten garantieren.

39) Wahlbeobachter berechneten die TV-Berichterstattung über Fujimori in den Monaten Januar bis März 2000 mit 167 Stunden, die aller Oppositionskandidaten zusammen lag dagegen im Minutenbereich. Dieses Missverhältnis änderte sich auch nach massivem Druck des Auslands nur geringfügig in den letzten Wochen vor den Wahlen. In diesem Kontext ist auch erwähnenswert, dass die nordamerikanische Organisation *Freedom House* bei einer ihrer letzten Analysen zur globalen Medienentwicklung Peru, das vorher der Gruppe „Länder mit begrenzter Pressefreiheit“ angehört hatte, in die Kategorie „Länder ohne Pressefreiheit“ zurückgestuft hat. Aus Lateinamerika wird nur noch Kuba in dieser Gruppe gelistet.

40) US-Präsident Clinton hatte noch am Vorabend der Wahl die Regierung zu transparenten Wahlen aufgerufen und vor Konsequenzen gewarnt. Dieses Vorgehen

wird von politischen Beobachtern auch vor dem Hintergrund der strategisch-militärischen Bedeutung Perus im außenpolitischen Kalkül der amerikanischen Regierung gesehen. Die von den USA unterstützten Erfolge Perus in der Drogenbekämpfung und die Diskussion um die Nutzung peruanischer Häfen für mögliche militärische Operationen dürften diese klare Aussage genauso motiviert haben wie die Befürchtung um die negative Signalwirkung der Bestätigung einer antidemokratischen Regierung im Blick auf die politische Orientierung der gesamten latein- und südamerikanischen Region.

41) *El Comercio*, 18. 4. 0, S. a6.

■ **Rahmenbedingungen und Analyse des Wählerverhaltens: Zahlen und Fakten**

Befragte man Peruaner zum Klima des ersten Wahlganges, so überwog die Einschätzung, dass Wahlbetrug und Unregelmäßigkeiten das Wahlgeschehen stark beeinflusst hätten. In einer Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Apoyo erklärten 61 Prozent der Befragten, dass der Wahlprozess nicht „gerecht und gleichberechtigt“ gewesen sei, während nur 26 Prozent vom Gegenteil überzeugt waren. Für 46 Prozent der Interviewten stand dagegen außer Zweifel, dass es von Seiten der Regierung zu Wahlbetrug gekommen sei. Als politische Leistungen Fujimoris wurden Terrorismusbekämpfung (64 Prozent), Realisierung von Wirtschafts- und Sozialprojekten (54 Prozent) und Kampf gegen die Armut (40 Prozent) genannt. Toledo seinerseits wurden in dieser Umfrage vor allem seine Professionalität als Ökonom (60 Prozent) und seine Nähe zu den Menschen (26 Prozent) bescheinigt. Auf die Frage, in welchem Moment man sich für sein Votum entschieden habe, erklärten 56 Prozent der Befragten, dass diese Entscheidung schon mehr als einen Monat vor dem Wahltermin festgestanden hätte. Immerhin 21 Prozent aber erklärten, dass sie sich entweder erst innerhalb der letzten Woche vor der Wahl festgelegt oder am Wahltag selber für den jeweiligen Kandidaten entschieden hätten.⁴¹⁾

Der hohe Anteil von Nicht-Wählern (1. Wahlgang: 16 Prozent, 2. Wahlgang: 18 Prozent) trotz Wahlpflicht war allerdings weniger Ausdruck des Unbehagens vieler Peruaner angesichts der durch die Regierung Fujimori vorgegebenen Rahmenbedingungen, sondern entsprach eher den Referenzwerten aus den Wahlen in früheren Jahren und ist vor allem auf die vielen illegal im Ausland lebenden Peruaner zurückzuführen. Der Aufruf Toledos zum massiven Wahlboykott am 28. Mai hatte also keine Wirkung gezeigt.

Aufschlussreich ist das Wählerverhalten in den 25 Provinzen Perus. Fujimoris „Stammlande“ sind traditionell die Großregion um die Hauptstadt Lima, die Küstengebiete der Departamente Piura, Tumbes, La Libertad und die Bergregionen wie Pasco, Huanacavelica und einige Amazonasgebiete. Insgesamt war

er in 19 Provinzen erfolgreich. Toledo seinerseits besiegte Fujimori in den Amazonasgebieten Loreto und Madre de Dios sowie im südlichen Andenhochland, seinem Herkunftsgebiet.⁴²⁾ In der Stichwahl selbst konnte Toledo keine Provinz mehr für sich gewinnen; ebenfalls ein Umstand, der nur mit der Unkenntnis der Wähler über die Wahlsituation, insbesondere über die Frage nach Toledos Teilnahme erklärt werden kann. Interessant ist auch das Wahlverhalten der Auslandsperuaner, die insgesamt weniger zu Fujimori tendierten und bei den Stichwahlen dann ihren Protest demonstrierten, indem knapp 40 Prozent von ihnen ihrer Wahlpflicht nicht nachkamen.⁴³⁾ Die in Deutschland lebenden Peruaner hatten die beiden Spitzenkandidaten am 9. April nicht im gleichen Umfang wie ihre Landsleute zu Hause unterstützt und zu 29,61 Prozent für Toledo und nur zu 27,65 Prozent für Fujimori votiert.⁴⁴⁾

Ergänzend geben folgende Zahlen und Fakten die sozioökonomischen Rahmenbedingungen der beiden Wahlgänge wieder:

Zum ersten Wahlgang am 9. April⁴⁵⁾ waren 14 297 732 Peruaner aufgerufen, ihr Votum für die Präsidentschafts- und Kongresswahlen an 88 767 Wahltschen abzugeben. Die Gesamtkosten des Wahlganges schätzte die ONPE auf etwa 120 Mio. Soles (ca. 60 Millionen DM), die sich mit dem zweiten Wahlgang um mindestens weitere 60 Millionen Soles erhöht haben.⁴⁶⁾ Die Provinz Lima stellte 34 Prozent der Wählerschaft: Knapp fünf Millionen Peruaner, die ihren ersten Wohnsitz in der Hauptstadt und der sie umgebenden gleichnamigen Provinz angemeldet haben, votierten in über 30 000 Wahlbüros. Arbeitgeber im ganzen Land waren per Wahlgesetz verpflichtet worden, spätestens am Freitag vor dem Wahlsonntag jedem ihrer Arbeitnehmer, der seinen Wohnsitz nicht am Arbeitsort hat, freizugeben, um ihm die Stimmabgabe in seiner Heimat zu ermöglichen. Schon Tage vor dem ersten Wahlgang am 9. April hatten Tausende von Peruanern, die auf der Suche nach Arbeit aus den Provinzen nach Lima gekommen waren und dort oft illegal und in der Regel in erbärmlichen sozialen Verhältnissen überleben, die Reise von der Hauptstadt in ihre Heimatprovinzen angetreten, um ihre Stimme dort abzugeben. Denn die Strafe für Nicht-Wähler lag bei 115

42) Internet-Seite der ONPE
<http://www.onpe.gob.pe>

43) ebd.; die website eröffnet die Möglichkeit, alle Wahltsche im Ausland und damit auch das Wahlverhalten in jedem einzelnen Staat abzurufen.

44) ebd.

45) Innerhalb der 179-jährigen Geschichte des republikanischen Perus seit der Unabhängigkeit von Spanien im Jahre 1821 war die Wahl vom 9. April 2000 die 15., in der der Präsident und das Parlament gleichzeitig bestimmt wurden. Von den 33 Präsidenten, die Peru im 20. Jahrhundert regierten, wurden nur 14 durch Wahlen bestimmt, zehn putschen sich an die Macht und weitere vier wurden vom Kongress ernannt.

46) Das derzeit gültige Wahlgesetz wurde im Oktober 1997 erlassen und beinhaltet die Verfassungsänderung, die das Wahlrecht Perus 1979 am meisten revolutionierte: Seit dieser Zeit haben auch Analphabeten das aktive Wahlrecht. In den Wahlunterlagen erhalten alle Parteien und Bewegungen neben ihrem Namen ein Emblem, das es breiten Bevölkerungsschichten, insbesondere im Andenberland und in der Urwaldregion erst ermöglicht, am Wahlprozess teilzunehmen.

Soles (umgerechnet etwa 60 DM), was etwa einem Viertel des Monatsverdienstes eines Arbeiters in Lima entspricht. Prompt reagierten private Busunternehmer mit Wucherpreisen und erhöhten angesichts dieser Zwangslage die Fahrpreise teilweise um 300 Prozent, so dass die Heimreise in entlegene Gebiete für manche Wahlpflichtige teurer wurde als die Strafe bei Nichtabgabe ihrer Stimme.

■ Ausblick

Wie wird nun der politische Weg aussehen, den Peru künftig nehmen wird? In einer Fernsehansprache am Abend des 29. Mai hatte Fujimori, für politische Beobachter überraschend und zu verschiedenen Interpretationen einladend, erklärt, dass seine Wiederwahl nicht im Sinne einer „Kontinuität“ zu verstehen sei und er die „Stärkung der Demokratie“ verspreche. Ausdrücklich wies er darauf hin, dass die Regierung „Irrtümer und Probleme“ korrigieren werde.⁴⁷⁾ In der Tat könnte der Präsident auf ein weites Arbeitsfeld der Redemokratisierung und Wiedereinsetzung von Verfassungsinstitutionen zugreifen und damit auch ein gewisses Maß an internationaler Glaubwürdigkeit und Reputation zurückgewinnen.

Die Frage bleibt, ob die Stellungnahme des Präsidenten nicht doch eher als eine erste beschwichtigende Antwort auf die heftigen Reaktionen aus dem Ausland verstanden werden muss. Gehen doch viele Beobachter davon aus, die Regierung werde keinerlei Änderungen ihrer Politik vornehmen. Die bisherigen Erfolge sprächen ja auch für sich, wie während des Wahlkampfes ja immer wieder betont worden war⁴⁸⁾. Diese Sichtweise mag durchaus berechtigt sein und hat schließlich die eine Hälfte der Peruaner soweit überzeugt, dass sie dem *Officialismo* ihre Stimme gegeben haben. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung jedoch ist durch die Geschehnisse des vergangenen halben Jahres erst richtiggehend wachgerüttelt worden. Die Erkenntnis, dass sich der peruanische Staat spätestens mit diesen Wahlen weitgehend von der Demokratie verabschiedet hat, ist heute nicht mehr nur in den intellektuellen und oppositionellen Kreisen anzutreffen, sondern auch auf immer breiterer Basis in nahezu allen gesellschaftlichen Schichten.

Damit ist auch eines der wichtigsten Resultate des gesamten Wahlprozesses zutage getreten: Die Wahlen

47) *El Comercio*, 30. 5. 0, S. a1.

48) Die zentrale Aussage jeder der zahlreichen politischen Wahlwerbesendungen Fujimoris bestand in der selbstgerechten Retrospektive: Einer immer wiederkehrenden Beschreibung der erfolgreichen Bekämpfung des Terrorismus und der Hyperinflation, der wirtschaftlichen Konsolidierung und des Ausbaus der Infrastruktur, speziell des Straßennetzes und der Gesundheitsposten, folgte als programmatische Feststellung nur, dass man diesen Weg fortsetzen und insbesondere die Arbeitslosigkeit bekämpfen werde.

haben die Bevölkerung Perus in zwei etwa gleich große Lager gespalten: in das der Fujimori-Befürworter und in das der vehementen Gegner. Ob und wie sich diese politische Polarisierung einer Gesellschaft Ausdruck verschaffen wird, kann noch in keiner Weise abgeschätzt werden. Ein dritter Wahlgang ohne die Beteiligung Fujimoris, wie ihn Toledo vorschlägt, kann allerdings ausgeschlossen werden, da hierfür sowohl der Wille der Regierung als auch die Verfassungsgrundlage fehlt.

Am Stichwahlsonntag hat der ehemalige Präsidentschaftskandidat und Oberbürgermeister von Lima in einem Interview mit der renommierten Tageszeitung *El Comercio* die Einstellung der Opposition in deutliche Worte gefasst. Auf die Frage, wie wohl das politische Panorama Perus ab dem Tag 1 nach den Stichwahlen aussehe, antwortete Andrade: „Wir werden offiziell zur Diktatur, denn wenn die Welt und ein großer Teil der Peruaner diese Wahlen aufgrund des Fehlens der notwendigen Bedingungen für demokratische Wahlen nicht als gültig anerkennen, bedeutet dies eine Periode der Diktatur, und wir müssen daher auf alles gefasst sein.“⁴⁹⁾

49) *El Comercio*, 28.5.0, S. a6.